

Zwei Erzfeinde nähern sich an

Schweizer Vermittlungserfolg zwischen Türkei und Armenien ist mit Vorsicht zu geniessen

Kurz vor dem armenischen Genozid-Gedenktage meldet die Schweiz einen diplomatischen Erfolg: Unter ihrer Vermittlung sollen sich die Türkei und Armenien auf eine «Roadmap» geeinigt haben.

CHRISTIAN WEISFLOG

Unter Vermittlung der Schweiz haben sich die Türkei und Armenien auf «einen umfangreichen Rahmen zur Normalisierung ihrer bilateralen Beziehungen» geeinigt. Das teilten die Aussenministerien der drei Staaten in einer gemeinsamen Erklärung mit. Auf den ersten Blick ist dies ebenso ein historisches Ereignis wie ein diplomatischer Erfolg für die Schweiz.

Seit 1993 hält die Türkei die Grenze zum Nachbarstaat Armenien geschlossen und unterhält keine diplomatischen Beziehungen. Damals drangen armenische Truppen weit ins türkischsprachige Aserbaidschan vor – im Kampf um die mehrheitlich armenische Exklave Bergkarabach. Bis heute halten sie einen Fünftel des aserbaid-schanischen Territoriums besetzt. Stark belastet werden die Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei zudem auch durch den Streit um das Massaker an den Armeniern am Ende des Ersten Weltkrieges (vgl. nebenstehenden Artikel).

Zu früh für einen Durchbruch

Trotz der Erfolgsmeldung durch das EDA und die beiden beteiligten Parteien scheint es noch zu früh, um von einem Durchbruch zu sprechen. «Ich habe mehr erwartet», sagt Richard Giragosian, Direktor des Armenischen Zentrums für Nationale und Internationale Studien in Eriwan. Tatsächlich ist die beidseitige Erklärung letztlich sehr allgemein und vage gehalten. Eine gemeinsame «Roadmap» sei «identifiziert» worden, heisst es darin etwa. Über die Substanz der Vereinbarung herrscht Stillschweigen.

Es sei «Sache der Parteien», über Inhalte zu informieren, sagte EDA-Sprecher Lars Knuchel gestern auf Anfrage und verwies auf die Rolle der Schweiz als Vermittlerin. Doch auch das armenische Aussenministerium wollte sich nicht zu Details äussern. Dessen Pressesprecher meinte lediglich, dass der Konflikt um Bergkarabach nicht Teil der Rahmenvereinbarung sei. Dies wäre ein Erfolg für Armenien und möglicherweise auch für Russland. Denn Aserbaidschan verlangt von der Türkei, die Regelung des Karabach-Problems zur Bedingung für



GEHEIMVERHANDLUNGEN NICHT MEHR GEHEIM Das Weisse Haus veröffentlichte ein Foto, das Micheline Calmy-Rey (2. v. l.) mit Barack Obama, dem armenischen Aussenminister Nalbandian (l.) und dem türkischen Aussenminister Babacan (2. v. r.) zeigt. AFP

eine Grenzöffnung zu Armenien zu machen.

Baku setzt Ankara deshalb stark unter Druck: So hatte der aserbaid-schanische Präsident Alijew kürzlich gedroht, die Erdgaslieferungen in die Türkei einzustellen. Anfang April sagte er zudem seine Teilnahme an der UNO-Konferenz «Allianz der Zivilisationen» ab, an der auch US-Präsident Obama teilgenommen hatte. Am Rande dieses Treffens kam Obama mit der Schweizer Aussenministerin Micheline Calmy-Rey sowie ihren armenischen und türkischen Amtskollegen zusammen. Als ein Foto davon publik wurde, sah sich das EDA gezwungen, seine Vermittlerrolle zu bestätigen, die es vermutlich früh im vergangenen Jahr übernommen hatte.

Begonnen haben die Gespräche bereits vor dem Krieg zwischen Georgien und Russland im August. Dieser hat den Prozess jedoch noch beschleunigt. Der Konflikt zeigte Eriwan, wie verletzlich und isoliert das Land ist: Neben der Türkei im Westen und Aserbaidschan im Osten war Armenien plötzlich auch von Georgien im Norden abgeschnitten. Nur noch die schmale Grenze zu Iran blieb als wenig attraktives Tor zur Aussenwelt übrig.

Moskau unterstützt Annäherung

Diese Umstände veranlassten nicht nur Armenien zu einer pragmatischeren Haltung. Selbst Moskau, wo der armenische Präsident Sersch Sarkissjan gestern zu Gast war, unterstützt die Annäherung

der beiden Länder. Einerseits, weil russische Unternehmen, die in Armenien zentrale Industriezweige beherrschen, von einer Öffnung profitieren würden. Andererseits aber auch, weil es dadurch das rohstoffreiche Aserbaidschan wieder enger an sich binden kann. Baku ist ein wichtiger Brückenkopf zu den kaspischen Erdöl- und Erdgasvorkommen. Um Druck auf die Türkei auszuüben, flirtet die aserbaid-schanische Regierung derzeit mit Moskau.

Trotz dieser komplizierten Situation hält der Politologe Giragosian einen Durchbruch immer noch für möglich. Der Zeitpunkt der aktuellen Erfolgsmeldung, so kurz vor dem heutigen Genozid-Gedenktage in Armenien, sei jedoch schlecht gewählt, meint Giragosian.

Der Streit zwischen der Türkei und Armenien

Die Wurzeln des Konflikts zwischen der Türkei und Armenien liegen im frühen 20. Jahrhunderts. In der Endphase des Ersten Weltkriegs wurden zahllose Armenier im damaligen Osmanischen Reich vertrieben und getötet. Nach armenischer Darstellung verloren 1,5 Millionen Menschen ihr Leben im **ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts**. Die Türkei betrachtet die historischen Ereignisse hingegen als Unruhen vor dem Hintergrund der Auflösung des Osmanischen Reichs.

Die Bewertung der Massaker an den Armeniern ist bis heute **immer wieder Anlass für diplomatische Spannungen**. Erst am Mittwoch berief die Türkei ihren Botschafter aus Kanada zurück und protestierte damit gegen eine Konferenz, die von einem Völkermord an den Armeniern sprach. **In der Schweiz anerkannte der Nationalrat 2003** in einem Postulat die Massaker an den Armeniern als Genozid. Eine formelle Anerkennung durch den Bundesrat blieb aber bis anhin aus. US-Präsident Barack Obama ver-

mied bei seinem Besuch in Ankara Anfang dieses Monats den umstrittenen Begriff. Ebenso wie die Europäische Union rief er die Türkei und Armenien dazu auf, ihren Konflikt beizulegen. Die beiden Staaten haben **keine diplomatischen Beziehungen**. Die Bemühungen um eine Überwindung der Spannungen setzten im vergangenen September ein, als der türkische Präsident Abdullah Gül zum WM-Qualifikationsspiel der armenischen Fussballnationalmannschaft gegen die Türkei nach Eriwan flog. (AP/MZ)

G-8-Gipfel im Erdbebengebiet

Berlusconi verlegt das Treffen von Sardinien nach L'Aquila

DOMINIK STRAUB, ROM

Die italienische Regierung will den im Juli auf der sardischen Insel La Maddalena geplanten G-8-Gipfel überraschend ins Erdbebengebiet von L'Aquila verlegen. «Die Verlegung des Gipfeltreffens wäre ein Zeichen der Hoffnung für die Abruzzern», erklärte Regierungschef Silvio Berlusconi nach der Regierungssitzung, an der auch Finanzhilfen von insgesamt 8 Milliarden Euro für den Wiederaufbau im Erdbebengebiet beschlossen wurden.

Der Gipfel soll statt auf der sardischen Insel La Maddalena nun in der Schule für Aspiranten der Finanzpolizei in L'Aquila durchgeführt werden, wo schon die Abdankungsfeier für die fast 300 Toten des Erdbebens stattgefunden hatte. Mit der Verlegung könnten rund 220 Millionen Euro eingespart werden, die ebenfalls dem Erdbebenopfern zugute kommen könnten, sagte Berlusconi.

Die Sicherheit der Staatsoberhäupter könne in L'Aquila genauso garantiert werden wie in Sardinien. Ausserdem werde es in diesem schwer geprüften Gebiet «wohl niemand wagen, gewaltsame Demonstrationen zu planen, wie wir sie von früheren Gipfeltreffen gewohnt sind», erklärte Berlusconi. Auch sei das Erdbebengebiet angesichts der weltweiten Krise der adäquatere Ort für den Gipfel als das luxuriöse Kongresszentrum auf La Maddalena. Der Regierungschef will nun bei den Gipfelteilnehmern sondieren, ob sie sich mit einer Verlegung des Treffens einverstanden erklären können.

Schon die gestrige Regierungssitzung hatte Berlusconi nach L'Aquila verlegt, um seine Nähe zu den Opfern zu demonstrieren. Nun sollen also auch die Mächtigen der Welt in die Abruzzern fahren. Die ersten Indiskretionen bezüglich einer möglichen Verlegung des G-8 waren am Vormittag durchgesickert und nicht einmal von allen Ministern ernst genommen worden. So hatte etwa Infrastrukturminister Altero Matteoli gegenüber dem TV-Sender Sky erklärt, er wisse von nichts und halte die Idee auch für «absolut unplausibel». Kurz darauf wurde die Verlegung offiziell beschlossen.

Erfreut zeigten sich ob des überraschenden Beschlusses dagegen der Bürgermeister von L'Aquila, Massimo Cialente, und die Präsidentin der Provinz Abruzzern, Stefania Pezzopane. «Auch wenn uns die Durchführung des G-8-Gipfels organisatorisch vor grosse Probleme stellen würde: Es wäre eine Geste der Grosszügigkeit gegenüber dieser gemarterten Provinz und wichtig für den Wiederaufbau», sagte Pezzopane.

Von den 8 Milliarden Euro für den Wiederaufbau sollen 1,5 Milliarden auf die seit dem Beben vom 6. April laufende Nothilfe entfallen. Die Kosten für Zivilschutz, Zeltlager, Nahrungsmittelhilfe und Ähnliches betragen täglich etwa 3 Millionen Euro. Die restlichen 6,5 Milliarden Euro sind für den Wiederaufbau vorgesehen. Dabei sollen Familien, deren Häuser eingestürzt sind, einen staatlichen Beitrag von 150 000 Euro erhalten; die Renovation von beschädigten Häusern soll mit 80 000 Euro subventioniert werden.

Höhe des ANC-Siegs offen

Südafrikanische Regierungspartei zittert um Zweidrittelmehrheit

Nach der Parlamentswahl in Südafrika muss der regierende Afrikanische Nationalkongress (ANC) um seine Zweidrittelmehrheit bangen.

Die Partei führte nach Auszählung von 69 Prozent der Wahllokale mit 66 Prozent der Stimmen. Überraschend gut schnitt nach diesen Teilergebnissen die Demokratische Allianz (DA) der deutschstämmigen Kapstädter Bürgermeisterin Helen Zille ab: Ihre Partei kam demnach auf 17 Prozent der Stimmen.

Auch bei ihr blieb gestern Abend aber offen, ob sie künftig die reiche Westkap-Provinz allein regieren kann. Die liberal-konservative DA erreichte dort nach den Teilergebnissen exakt 50 Prozent der Stimmen. Die DA

war bisher landesweit mit 12 Prozent stärkste Oppositionspartei. Als sicher gilt dagegen die Wahl des umstrittenen ANC-Vorsitzenden Jacob Zuma im Parlament zum neuen Präsidenten. Zuma sah sich zuletzt unter anderem Korruptionsvorwürfen ausgesetzt.

COPE schlechter als erwartet

Der vor einem halben Jahr von enttäuschten ANC-Abwechslern gegründete Volkskongress (COPE) kam nach dieser Auszählung nur auf 8 Prozent der Stimmen. In Prognosen war erwartet worden, dass sich die Neugründung mit zweistelligen Prozentzahlen als drittstärkste Kraft hinter der DA etablieren würde.

COPE machte die angebliche Einschüchterung seiner Anhänger für das schwache Ergebnis in

einigen Bezirken verantwortlich und vermutete politische Motive hinter dem Mord an einem COPE-Mitglied in Butterworth am Wahlabend.

Die letzten der 19 000 Wahllokale hatten erst gestern Morgen geschlossen. Die als richtungsweisend angesehene vierte demokratische Wahl Südafrikas seit dem Ende der Apartheid 1994 war am Vortag von grossem Wählerandrang geprägt.

Die Teilergebnisse sind noch vorläufig und können sich ändern, wenn die grossen Townships ausgezählt werden. Das offizielle Ergebnis wird frühestens heute Freitagabend erwartet. Die hohe Wahlbeteiligung werteten Politiker aller Parteien als Beleg für das Funktionieren der jungen Demokratie am Kap. (DPA)

INSERAT